

Roter Fächer

Informationen der DKP Karlsruhe



GEMEINSAM KÄMPFEN
FÜR UNSER RECHT AUF
FRIEDEN, ARBEIT, BILDUNG UND
BEZAHLBAREN WOHNRAUM!

GLEICHE RECHTE FÜR ALLE –
UNABHÄNGIG VON DER HERKUNFT!



Den Klassenkampf wählen!

DKP kandidiert zur Bundestagswahl 2017

Mit der DKP tritt eine antikapitalistische Alternative zur Wahl an, die für konsequente friedenspolitische, antifaschistische, antimonopolistische und demokratische Forderungen steht.

(kaj) – Die DKP tritt zur Bundestagswahl 2017 an! Wir kandidieren für **konsequente friedenspolitische, antifaschistische, antimonopolistische und demokratische Forderungen**. Damit stellen wir uns im Wahlkampf als die **antikapitalistische Alternative** vor, die sich von allen anderen unterscheidet.

Die programmatische Grundlage unseres Wahlkampfes und unseres Wahlprogramms bildet das **Sofortprogramm der DKP** (http://www.unserezeit.de/attachment/108/Sofortprogramm-der_DKP_neu.pdf?g_download=1). In unserem Land wird **Krieg nach innen** geführt. Die Ergebnisse sind Armut und Umverteilung zu Gunsten der Reichen, der Konzerne und Banken. Die Waffen sind Arbeitslosigkeit, das Hartz-System, Leiharbeit, Werkverträge, Wohnungsknappheit, Verschuldung der Kommunen und Privatisierung. Wir brauchen den **gemeinsamen Kampf** für soziale Rechte und gegen die zerstörerische Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt – **unabhängig von der Herkunft!** Arbeit ist genug da. Wir brauchen mehr Beschäftigte in Kindergärten, Schulen, Jugendzentren und im Gesundheitswesen und der Altenpflege. Der öffentliche Nahverkehr muss ausgebaut werden. Wir fordern das Verbot von Leiharbeit und Werkverträgen, einen Mindestlohn von

sofort 12 Euro, die Abschaffung der zeitlichen Begrenzung des Arbeitslosengelds (ALG 1), die sofortige Erhöhung des Rentenniveaus auf 53 Prozent und die Abschaffung des Hartz-Systems. Wir brauchen die **Verkürzung der Lebens- und der allgemeinen Wochenarbeitszeit**. Wir brauchen die Verkürzung auf 30 Stunden in der Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Dafür brauchen wir erfolgreiche Kämpfe um Arbeitszeitverkürzung, um damit eine Bewegung für die gesetzliche Verankerung der 35-Stunden-Woche anzustoßen.

Die Verursacher und Profiteure von Arbeitslosigkeit, Ausbeutung und Armut in diesem Land, von Krieg und Zerstörung in fremden Ländern und von Flucht sind die **Banken und Konzerne** und die ihnen dienenden **Regierungsparteien**. Die Umverteilung von oben nach unten muss erkämpft werden. Freiwillig werden die Reichen, die Banken und Konzerne nichts hergeben. Der Kampf gegen Ausbeutung und Krieg, das geht nur gemeinsam: In **gemeinsamen Kämpfen** von GewerkschafterInnen, ArbeiterInnen, Angestellten, Erwerbslosen, RentnerInnen, Auszubildenden, Studierenden, SchülerInnen, MigrantInnen und Geflüchteten!

Sozial is' muss!

Warum müssen Naziaufmärsche unterbunden werden?

Am 3. Juni suchte die größte Neonazikampagne Deutschlands, der sog. „Tag der deutschen Zukunft“ (TddZ) Karlsruhe-Durlach heim. 300 Neonazis marschierten durch die Pfinzstraße und warben für eine nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft. Die DKP Karlsruhe hat sich für eine Verhinderung des rechten Aufmarschs eingesetzt und in einem Flugblatt Gründe benannt.



(dkp-ka) - Das Erstarken des Neonazismus ist die Frucht der gesellschaftlichen Rechtsentwicklung, die wir auch in Karlsruhe mit Sparpolitik, Privatisierungen, Militarisierung (Kriegsforschung am KIT, Bundeswehr an Schulen) etc. erleben. Diese Rechtsentwicklung hat objektive Gründe, die in der kapitalistischen Grundordnung angelegt sind.

Der einzige Zweck des Kapitalismus ist der Profit der Banken und Konzerne

Der Profit ist die alles dominierende Grundkonstante unserer Gesellschaft! In einer solcherart geprägten Gesellschaft manifestiert sich die Beziehung der Menschen zueinander als Konkurrenz, als Wettbewerb, als Überlebenskampf eines jeden gegen jeden. Solidarität und Miteinander haben im Kapitalismus keinen Platz.

Armut, Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit, Zukunftsängste sind wesentliche Bestandteile der kapitalistischen Gesellschaft!

Die Bedürfnisse der Menschen können im Kapitalismus unmöglich dauerhaft und in der Masse befriedigt werden! Dafür ist der Kapitalismus schlichtweg nicht gemacht. Dennoch funktioniert diese Gesellschaftsordnung nur, wenn die Masse der Bevölkerung sich beugt. Diese freiwillige Unterwerfung der Menschen unter die Profitgier der Konzerne wird mittels permanenter Beeinflussung

durch Massenmedien und Kulturindustrie sowie durch das Bildungs- und Erziehungssystem sichergestellt.

Wenn aber diese Integrationsmechanismen nicht mehr hinreichend funktionieren, wenn also die Widersprüche des ganzen Systems unübersehbar die Augen der Bevölkerung erreichen, dann entsteht Unzufriedenheit und Zorn über die Verhältnisse. Wenn andererseits diese Unzufriedenheit von der Konkurrenzmentalität des Kapitalismus getragen wird, entstehen rechte oder sogar faschistische Bewegungen.

Faschismus ist eine Herrschaftsform der kapitalistischen Gesellschaft

Faschismus ist die Waffe der herrschenden Klasse, der Klasse der Kapitalisten, ihre Profitinteressen auch dann durchzusetzen, wenn die demokratischen Integrationsmechanismen versagen. Faschismus ist der Übergang des Systems der freiwilligen Unterwerfung der Bevölkerung unter den Profit zum System der gewaltsam erzwungenen, terroristischen Unterwerfung unter den Profit.

Gemeinsames antifaschistisches Interesse aller Demokraten

Faschismus ist nicht nur eine autoritärere Variante innerhalb der bürgerlich-demokratischen Regierungsform, sondern er bedeutet die vollständige Zersetzung derselben! Faschismus bedeutet terroristische Willkürherrschaft im Dienste des

nationalen Groß- und Finanzkapitals! Aber gerade weil der Faschismus einen grundlegenden Bruch mit der menschlichen Zivilisationsgeschichte markiert ist er der Todfeind aller demokratischen Kräfte! Nur der frühzeitige gemeinsame Widerstand - über sonstige politischen Streitpunkte und Kämpfe hinweg - kann der Barbarei wirksam entgegentreten. Die DKP lehnt daher jede Form der Spaltung des antifaschistischen Protests ab, z.B. mittels der sog. „Extremismustheorie“.

Der antifaschistische Kampf dient objektiv der Sicherung und Verteidigung der bürgerlichen Demokratie und der bürgerlichen Rechte und Freiheiten. Wir Kommunisten führen diesen Kampf im vollen Bewusstsein dessen, dass auch die bürgerliche Demokratie eine kapitalistische Gesellschaft darstellt und keinesfalls das Ende der Geschichte markiert. Wir sehen aber auch, dass die Diktatur des Groß- und Finanzkapitals im Rahmen der bürgerlichen Demokratie - im Gegensatz zur Diktatur derselben ökonomischen Kräfte in einem faschistischen Terrorsystem - sehr viel bessere Voraussetzungen bietet, die Interessen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung, d.h. vor allem der Arbeiterklasse und anderer werktätiger Schichten, zu vertreten.

Gegenwart verteidigen, Zukunft erkämpfen - Für eine Wende zu sozialem und demokratischem Fortschritt

Antifaschismus bedeutet in erster Linie Abwehrkampf. Es geht darum, der Kapitalistenklasse ihre brutalste und tödlichste Waffe zu nehmen, d.h. ihr frühzeitig die

Möglichkeit zu nehmen, eines Tages den Übergang zur faschistischen Diktatur vollziehen zu können. Doch Abwehrkämpfe alleine genügen nicht! Sie müssen verbunden werden mit dem Kampf für eine Wende zu einer Politik des Friedens, des demokratischen und sozialen Fortschritts.

Die DKP formuliert in ihrem Sofortprogramm fünf dringende Forderungen. Diese sind unmittelbar realisierbar, wenn das Geld dort geholt wird, wo es ist - bei den Verursachern der Rechtsentwicklung und den Nutznießern des kapitalistischen Profitsystems.

- Öffentliche Investitionen in den Wohnungsbau, Schulen, Bildungseinrichtungen, Jugendzentren und Krankenhäuser.
- Schaffung von 300.000 Arbeitsplätzen durch öffentliche Investitionen.
- Aufstockung von sozialen Leistungen, von Hartz IV, Kindergeld, Rente und des Mindestlohns.
- Ende der Kriege und anderer Auslandseinsätze der Bundeswehr, Verringerung des Rüstungsetats.
- Erhöhung der Spitzensteuer für höchste Einkommen von Personen und Unternehmen – Wiedereinführung der Vermögenssteuer als Millionärssteuer.

Grün-Schwarz macht verfasster Studierendenschaft das politische Mandat streitig

(kaj) - Nachdem die grün-schwarze Landesregierung die einstmals abgeschafften Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer und Zweitstudierende wieder eingeführt hat, plant Wissenschaftsministerin Theresia Bauer nun, den §65 Absatz 4 Satz 1 im Landeshochschulgesetz ersatzlos zu streichen: „Im Rahmen der Erfüllung ihrer Aufgaben nimmt die Studierendenschaft ein politisches Mandat wahr.“ Damit wäre es den Studierenden in Baden-Württemberg in Zukunft gesetzlich untersagt, sich wirksam für ihre sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Belange einzusetzen.

Der *fzs* – *Freier Zusammenschluss von StudentInnenschaften* kündigt in einer Stellungnahme an: „Wir werden den geplanten Änderungen mit aller politischer Kraft entgegentreten.“ Der AstA des KIT

protestiert ebenfalls: „Hände weg vom politischen Mandat der Studierendenschaften im Land.“

Ohne politisches Mandat wäre es den Studierenden im Land verboten, sich zu allgemeinpolitischen Themen zu äußern. Hochschulpolitik dürfte dann nicht mehr in einen gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang gestellt und diskutiert werden. Die verfasste Studierendenschaft würde unmündig und per Gesetz zur politischen Passivität gezwungen.

Historisch ist daran zu erinnern, dass die verfasste Studierendenschaft vor 40 Jahren bereits schon einmal komplett abgeschafft wurde. Verantwortlich war damals CDU-Ministerpräsident Hans Filbinger, ehem. NSDAP-Mitglied und als Marinerichter verantwortlich für das Fällen zahlreicher Todesurteile.

Karlsruhe Institute of Technology (KIT)

Die Innovationsressource der Bundeswehr

(kaj) - Der deutsche Militarismus kann seinen weltweiten Machtanspruch nur mit einer hochgerüsteten High-Tech-Armee erfüllen. Dies erfordert umfassende Forschung und Innovation. Die Universitäten sollen hierzu auf die Teilnahme an militärischer und zivilmilitärischer Forschung eingestellt werden. Eine Militarisierung von Lehre und Forschung wird seit Jahren von Bundes- und Landesregierung jedweden Coleurs vorangetrieben.

Das KIT in Karlsruhe hat hier deutschlandweit eine Vorbildfunktion als militärisch-industrieller Großforschungskomplex. Seit der Fusion von Universität und Kernforschungszentrum werden Kern- und Waffenforschung unter einem Dach praktiziert. Ein aktuelles Beispiel der Indienstnahme der Wissenschaft zum Zwecke der Kriegspolitik ist die Kooperation zwischen dem Lehrstuhl für Interaktive Echtzeitsysteme (IES) des KIT und dem Fraunhofer-Institut für Optronik, Systemtechnik und Bildauswertung (IOSB). Die Bildauswertung ist eine militärische Schlüsseltechnologie. Am 12. Juni

richtete der ASTa an den KIT-Präsidenten eine Anfrage nach Offenlegung der finanziellen, inhaltlichen und personellen Verflechtungen des IES mit dem IOSB. Das KIT-Präsidium hat dem ASTa nur mit allgemeinen Floskeln geantwortet, ohne auf die präzisen Fragen nach der direkten Rüstungsforschungs-Kooperation einzugehen. Die spärlichen Informationen seiner Antwort versuchte das Präsidium dann auch noch mit einem „Maulkorb“ für den ASTa geheim zu halten.

Bekannt ist jedoch, dass eine Doppelberufung KIT/IOSB geplant ist. Gemäß dem Fraunhofer-Geschäftsmodell haben solche Doppelberufungen den Zweck, Studierende für Rüstungsforschungszwecke zu gewinnen, indem eine gemeinsame Professur am KIT mit einer Leitungsfunktion an dem überwiegend militärisch tätigen IOSB geschaffen wird. Mit der Doppelberufung wird im Herbst gerechnet.

Fragen an Hilde Wagner

Zur Politik der KPD 1945—1968



DKP Deutsche Kommunistische Partei (DKP)
Kreisorganisation Karlsruhe

Fragen an Hilde Wagner Zur Politik der KPD 1945—1968

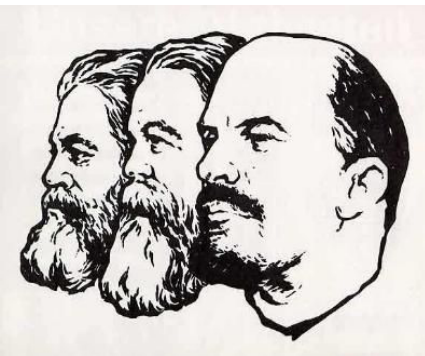
Neue Broschüre der DKP Karlsruhe (105 Seiten).
Erhältlich über: dkp.karlsruhe@gmx.de

Hilde Wagner (8.3.1924 – 13.4.2002) war ein lebendiges Geschichtsbuch der Arbeiterbewegung und eine fesselnde Erzählerin. Wenn sie erzählte, wurde Geschichte lebendig.

Bereits als 8-jährige hörte sie die Genossen der KPD bei Besuchen bei ihrem Vater über Arbeitslosigkeit und die faschistische Gefahr reden. Später übte sie selbst viele Funktionen in der kommunistischen Bewegung aus. In der Kreisleitung Karlsruhe der KPD ab 1946. In der FDJ. Im Landesvorstand der KPD. Im Demokratischen Frauenbund Deutschlands (DFD). Später als Kreisvorsitzende der DKP in Heidelberg, im Kreisvorstand in Karlsruhe, in der Marxistischen Arbeiterbildung (MAB) und bis in die letzten Jahre im Bezirksvorstand Baden-Württemberg der DKP.

Mit Hilde zu diskutieren war immer ein Gewinn, ihre Erfahrungen ein Schatz für alle, die der Arbeiterbewegung verbunden waren. Man musste nicht immer ihrer Meinung sein, um aus einer Diskussion mit ihr klüger herauszugehen.

Schon immer gab es den Wunsch, Hildes Erfahrungen und Geschichten schriftlich festzuhalten. Um das Jahr 1989 entstanden so die hier dokumentierten Fragen von Arno Neuber an Hilde und ihre schriftlichen Antworten. Sie liegen hier erstmals in gedruckter Form vor.



Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Der 3te Juni 2017 – Staatsmacht kontra Demokratie

Massiver Polizeieinsatz pervertiert die Absicht des antifaschistischen Widerstands. Solidarität und Einigkeit werden täglich wichtiger.

(dkp-ka) - Ein geeinter großer symbolischer Akt der antifaschistischen Solidarität gegen einen unerwünschten Nazi-Festakt hätte der 3te Juni in Karlsruhe werden können. **Hätte werden können**, hätte es nicht die Bedenken gegeben durch das Ordnungsamt, Bedenken des Oberbürgermeisters, der – persönlich ein Feind der Nazis – doch auch seine Probleme hatte mit dem Widerstand gegen Nazis in Durlach. Das Argument: wer Demonstrierenden eine Demonstration verwehrt, der verstoße gegen das Grundgesetz. Jeder habe in der Demokratie ein Demonstrationsrecht: auch Nazis. Demonstrierende an einer Demonstration zu hindern oder auch nur zu behindern, sei ein Gesetzesbruch.

Deshalb wurden von Seiten der Stadt mehrere Entscheidungen getroffen: Nazis und Nazigegner dürften sich keinesfalls begegnen, dies müsse von der Polizei verhindert werden; hierzu sei ein Polizeiaufkommen von 3000 Polizisten erforderlich, bewaffnet mit Wasserwerfern, Tränengas, Pfefferspray etc. Und wenn überhaupt in Durlach eine Gefahr zu erwarten sei, dann von den Nazigegnern, denn dort tummelten sich angeblich potentielle „gewaltbereite Linksextremisten“.

Die strikte Trennung durch die massive Polizeipräsenz und die „Der Feind steht links“-Ideologie von Stadt und Polizei hatten zur Folge, dass auf der Demonstrationsroute des DGB zwar Wimpel, Fahnen, Aufkleber, Infostände, Gottesdienste und phantastische Menschen zu



erwarten waren, aber keine Nazis, die „einen Widerstand der Stadt Karlsruhe“ hätten bemerken können. Dem Aktionsbündnis blieb: Mahnwachen anzumelden. Mahnwachen, von denen die wenigsten in Sichtweite, doch wenigstens einigermaßen in Hörweite zur Demonstrationsroute der Nazis waren. Hier konnte den Nazis, wenn nicht wirklich gezeigt, so doch wenigstens zugeschrien werden, dass sie unerwünscht sind.

Aus diesen Mahnwachen wurden im Laufe des 3ten Juni 2017 regelrecht „Schikane-Zonen“. Um es ganz deutlich zu sagen: es gab nicht einen einzigen Kontakt zwischen Nazis und Gegendemonstranten. Dafür gab es hunderte Kontakte zwischen Polizisten und Gegendemonstranten. Kontakte mit Pfefferspray, Handschellen,

Reitgeräten, Polizeiknüppeln, Tränengas, Polizeipferden etc.

Von den angekündigten Faschisten waren ca. 300 gekommen. Von den Gegendemonstranten waren gegen Abend über 100 verletzt worden. Bei einer Gesamtzahl von geschätzten 3000 Gegendemonstranten kommen auf 100 über 3 Verletzte.

Dass „Dinge schief laufen können“, das kann passieren. Die DKP Karlsruhe will Ihren Teil der Lektion nun öffentlich „lernen“. Das Karlsruher Bündnis „Netzwerk gegen Rechts“ hat sein Bekenntnis gegen Rechts deutlich und couragiert mit großen Engagement kommuniziert: 3000 Gegendemonstranten, gegen 300 Nazis. Das war ein klares Zeichen!

3000 Polizisten gegen 3000 Gegendemonstranten, das war auf seine Art auch ein „klares Zeichen“.

Eine Polizeistrategie, die ein in sich geschlossenes, geeintes, in Verhandlungen aufeinander abgestimmtes und gemeinsames Bündnis trennt und einteilt in „verletzbar Gegendemonstranten“ und in „nicht verletzbar Gegendemonstranten“; eine solche Polizeistrategie vermittelt ein „Gefühl“ von „etwas Anderem“.

Dieses „Andere“ lässt sich zunächst unscharf, doch später immer deutlicher erkennen. Beginnen wir mit den Wirkungen bei den Gegendemonstranten. Es war tatsächlich so, dass ein Großteil der Anti-Nazi-Demonstranten auf der Durlacher Hauptstraße dankbar war und beeindruckt über die vielfältige Darstellung der Einigkeit, über die Friedfertigkeit des Widerstandes und die „Gefahrlosigkeit“ des Anti-Nazi-Bekennnisses. Faschisten waren keine zu sehen und auch nicht zu befürchten. Manche Gegendemonstranten waren bis zur „Verwunderung“ positiv beeindruckt. Diese Gegendemonstranten hatten allerdings auch keine Ahnung davon, dass zur gleichen Zeit andere Gegendemonstranten mit Schlagstöcken verdroschen wurden, mit Pfefferspray „bearbeitet“ wurden, aus der Menge heraus verhaftet wurden, ohne zu wissen weshalb. Als die Nazis bereits Durlach verlassen hatten, da waren Gegendemonstranten von

der berittenen Polizei noch daran gehindert worden, an den Durlacher Bahnhof zu gelangen.

Der Polizeieinsatz pervertierte die Absicht der Gegendemonstranten: aus einem Akt der Solidarität wurde eine Zurschaustellung von Polizeimacht. Aus einer Position von Richtigkeit und Courage gegen Faschismus wurden Straftaten fingiert. Die in demokratischen und offenen Foren entstandene Einigkeit des Bündnisses war mittels Polizeigewalt nicht nur „getrennt“ worden, es war auch keine „Kommunikation“ mehr möglich. Denn Mahnwachen- und Gegendemonstranten und Durlacher-Hauptstraßen-Gegendemonstranten waren über eine Strecke von mindestens 1,5 Kilometern räumlich getrennt. Da lässt sich nicht mal eben „was mit der Polizei klären“. Aus der Proklamation von Solidarität für Asylsuchende, gegen Nazigewalt, gegen Unterdrückung von Andersdenkenden demokratisch gesinnten Kräften wurde eine „Ohnmacht“ gegenüber einer „Ordnungsmacht“, die zwar nicht von allen am 3ten Juni wahrgenommen werden konnte, doch wurde es anschließend bei den Nach-Treffen des „Karlsruher Netzwerks gegen Rechts“ mit Empörung aufgenommen.

Der Kampf für Demokratie ist seit jeher immer auch das Ringen um Löhne. Wir Kommunisten wissen: die unausgesprochene Forderung hinter den Forderungen der Nazis ist die Forderung der Bourgeoisie nach geringeren Löhnen und höherer Ausbeutung. Die einen Arbeitgeber sind bereit, niedrigste Löhne für beispielsweise aus Nordafrika immigrierende Lohnarbeiterinnen zu bezahlen, die anderen Arbeitgeber sind bereit ebenso wenig Lohn für ansässige Arbeitnehmer zu bezahlen und die Immigranten in Arbeitslagern auszubeuten. Wenn demnach die Polizei Faschisten schützt, dann schützt die Polizei ein „Eigentumsrecht“ von international agierenden Konzernen, nämlich das Eigentumsrecht an der Arbeitskraft, deren Entlohnung stets aufs Neue mit immer schärferen Mitteln verhandelt wird. Selbstverständlich auch mit Ordnungskräften an der Seite von Faschisten.

Was er uns lehrt der 3 Juni 2017? Solidarität und Einigkeit werden täglich wichtiger!



marxistisch · kritisch · analytisch



- **unsere zeit** -
Wochenzeitung der DKP



Jetzt 4 Wochen kostenlos probelesen!

Einfach E-Mail mit Name und Adresse an:
info@unsere-zeit.de · Tel.: 0201 - 17 78 89 23 · www.dkp.de

dkp.karlsruhe@gmx.de

...Nichtwählen ist auch keine Lösung!

Warum die DKP zur Bundestagswahl kandidiert

... weil immer mehr Menschen in Billig-Jobs und Leiharbeit ausgebeutet werden

... weil immer mehr Menschen in die Armut getrieben werden

... weil immer mehr Geld in Krieg investiert wird, anstatt in den Bau von Sozialwohnungen, Infrastruktur, Schulen, Kitas und die gesamte öffentliche Daseinsvorsorge

... weil ein paar Superreiche über das Schicksal von Millionen bestimmen

... weil mit den NATO-Aggressionen und Kriegseinsätzen der Bundeswehr die Gefahr ständig wächst, dass Deutschland zur Zielscheibe von Terror wird

... weil die Rente nicht zum Leben reicht

... weil Rechtsentwicklung und Nazi-Terror zunehmen

... weil Wohnen immer teurer wird und immer mehr Menschen die Miete nicht bezahlen können

**So wie es ist,
muss es nicht
bleiben!**

Wählt DKP!

1. Frieden

2. Arbeit

3. Solidarität



DKP
Deutsche Kommunistische Partei

KommunistInnen
wählen!



Zweitstimme DKP

Frieden Arbeit Solidarität

Wir Kommunisten kandidieren zu den Bundestagswahlen, um aufzuzeigen: Jeder soziale und demokratische Fortschritt oder auch nur die Verteidigung des Bestehenden kann nur gegen die Superreichen durchgesetzt werden, die über die großen Banken und Konzerne verfügen.

Deshalb: Im September bei den Bundestagswahlen gegen die Reichen, ihre Politiker und ihre Arroganz zu stimmen, kann nur heißen:

Wählt Kommunisten – wählt DKP!

Diskussionsveranstaltung

**Samstag, 9. September 2017
19.00 Uhr**

**WALHALLA
Großer Festsaal
Augartenstraße 27
Karlsruhe-Südstadt**

**Musik von der
Arbeiterliedergruppe
„Rotkrakehlchen“**

bundestagswahl2017.dkp.de
www.unsere-zeit.de
www.dkp-karlsruhe.de

Kontakt:
dkp.karlsruhe@gmx.de



Michael Matzerath
Karlsruhe, Listenplatz 7



Monika Münch-Steinbuch
Stuttgart, Listenplatz 3